

Seligman, M.E.P.: Was wir an uns verändern können – und was nicht. In: Psychologie heute compact: Wendepunkte 9/2003, S. 12-15

Shapiro, L. E.: EQ für Kinder. München 1999

Soldt, R.: Die größte Kürzung von Sozialleistungen seit 1949. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Juni 2004, S. 3

Stahl, E.: Dynamik in Gruppen. Weinheim 2002

Struck, P.: Lernlust statt Erziehungsfrust: So fördern Sie Ihr Kind. Frankfurt am Main 2001

Tessnow, G.: Knallhart. Wien 2004

Thiersch, H.: Sozialarbeit zwischen Expertentum und Selbsthilfe. In: Kleiber, D.; Rommelspacher, B. (Hrsg.): Die Zukunft des Helfens. Weinheim 1986, S. 241-263

Urbaniok, F.: Was sind das für Menschen – was können wir tun. Nachdenken über Straftäter. Bern 2003

Vetter, C.: Der kleine Gauner. Weinheim 2003

Viehmann, H.: Reform des Jugendkriminalrechts? In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 3/2003, S. 285-288

Vizzini, N.: Cool – Und was ist mit Liebe? München 2004

Walter, J.: Jugendvollzug in der Krise? In: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen – Journal 2/2002 (Nr. 176), S. 127-143

Walter, M.: Jugendkriminalität: eine systematische Darstellung. Stuttgart 2001

Weber, W.: Wege zum helfenden Gespräch. München 1996

Weidner, J.: Neue pädagogische Handlungsstrategien im Zentrum der Republik. In: Schanzenbächer, S. (Hrsg.): Gewalt ohne Ende. Freiburg im Breisgau 2004, S. 19-32

Weidner, J.; Gall, R.: Das Anti-Aggressivitäts- und Coolness-Training – zum theoretischen Rahmen konfrontativ orientierter Methodiken. In: Weidner, J.; Kilb, R.; Jehn, O. (Hrsg.): a.a.O., S. 10-33

Weidner, J.; Kilb, R.; Jehn, O. (Hrsg.): Gewalt im Griff. Band 3: Konfrontative Ansätze in der Pädagogik. Weinheim 2003

Weidner, J.; Kilb, R.; Kreft, D. (Hrsg.): Gewalt im Griff 1: Neue Formen des Anti-Aggressivitäts-Trainings. Weinheim 2004

Weyel, F.H.: Hilfe statt Knast? München 1999

Ziehe, T.: Zeitvergleiche: Jugend in kulturellen Modernisierungen. Weinheim 1996

► Allgemeines

Politikerengagement. Eine Untersuchung des Berliner Maecenata-Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft ergab, dass 53 % der Bundestagsabgeordneten neben ihrem Abgeordnetenmandat in überregionalen Vereinen, Verbänden, Stiftungen und anderen Organisationen bürgerschaftlich aktiv sind. So engagieren sich FPD-Politikerinnen und -Politiker zu 64,4 % hauptsächlich in Stiftungen, die Bündnisgrünen zu 56,5 % in sonstigen Organisationen, SPD-Abgeordnete zu 52 % vor allem in Vereinen und Unionsabgeordnete zu 51,5 % überwiegend in Verbänden. *Quelle: PARITÄTISCHER Rundbrief Berlin 6/2005*

„Zu Ihrer Sicherheit“. Unfallversichert im Ehrenamt.

Hrsg. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung. Selbstverlag. Bonn 2004, 47 S., kostenfrei

DZI-D-7090

Ehrenamtliches Engagement muss für die Aktiven sicher sein, denn die Wahrnehmung ihrer Aufgaben ist auch mit Unfallgefahren verbunden. Mit der Erweiterung des Unfall-schutzes von ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern zum 1. Januar 2005 wurden neue Rahmenbedingungen geschaffen, die das Engagement weiter absichern. Diese Broschüre zeigt das Spektrum des Schutzes der sozialen Unfallversicherung auf. Bestellanschrift: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Referat Information, Publikation, Redaktion, Postfach 500, 53108 Bonn, E-Mail: info@bmgs.bund.de

77. Deutscher Fürsorgetag 2006. Alle drei Jahre veranstaltet der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge den Deutschen Fürsorgetag, den bundesweit größten und bedeutendsten Fachkongress der Sozialen Arbeit. Der nächste findet vom 3. bis 5. Mai 2006 unter dem Motto „Mut zur sozialen Verantwortung“ in Düsseldorf statt. *Quelle: Nachrichten PARITÄT 3/2005*

Gleichstellungspolitik in Bayern. Eine positive Bilanz des Bayerischen Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern zog Bayerns Frauenministerin Christa Steuens bei der Vorstellung des Dritten Berichts zur Umsetzung des Gesetzes. Der Frauenanteil im öffentlichen Dienst hat sich in Bayern insgesamt von 51,4 % im Jahr 1999 auf 52,8 % im Jahr 2003 erhöht. Beim Freistaat Bayern selbst ist der Frauenanteil zwischen 1996 und 2004 von 44,5 auf 48,4 % gestiegen. Allerdings bedarf es im Führungsbereich noch einiger Veränderungen, auch wenn die Steigerung von 1997 mit 15,1 % auf 22,9 % in 2003 positiv zu bewerten ist, stellt diese noch keine Gleichstellung dar. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 356.05*

► Soziales

Institut zur interkulturellen Öffnung. Im Rahmen der Erprobungsmaßnahmen im Bereich der Neukonzeption der

Migrationssozialarbeit in Nordrhein-Westfalen (NRW) hat das Institut zur interkulturellen Öffnung (IZIKÖ) Anfang Juni 2005 seine Arbeit aufgenommen. Das Institut in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt Mittelrhein ist in seiner Form einzigartig in NRW. Es will aktuell Einfluss auf die Integrationsprozesse des Bundeslandes nehmen. Als dauerhafte Einrichtung strebt es eine Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Ausländerinnen und Ausländern durch Chancengleichheit und die Vermeidung von Parallelgesellschaften an. Weitere Ziele sind der Abbau von Zugangsbarrieren und Erhöhung des Informationstransfers im „Netzwerk Soziales“. *Quelle: AWO-Magazin 4/2005*

Integration und Migration in Berlin. Zahlen – Daten – Fakten. Von Rainer Ohliger und Ulrich Raiser. Hrsg. Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration. Selbstverlag, Berlin 2005, 55 S., EUR 2,- *DZI-D-7249* Dieser Datenreport fasst die wesentlichen migrationspezifischen Entwicklungen in Berlin zusammen. Durch die gebündelte Aufarbeitung der Daten aus Sozialstatistik und Demographie sowie die einfache graphische Umsetzung und Kommentierung soll die Broschüre vor allem auch interessierte Kreise außerhalb der Fachebene ansprechen. Hervorzuheben ist, dass sich vor allem der Anstieg und die Folgen der Arbeitslosigkeit unter den Migrantinnen und Migranten wie ein roter Faden durch die Daten zieht. Seit der Wende sank die Zahl der nichtdeutschen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin von 97 714 auf 67 743. Aber die Zahlen zeigen auch, wie selbstverständlich im Alltag das Zusammenleben geworden ist. Ein Indikator: Jede vierte der 2003 in Berlin geschlossenen 12 390 Ehen war interethnisch, das heißt mit deutschen und nicht-deutschen Partnern. Bestellanschrift: Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration, Potsdamer Str. 65, 10785 Berlin, Tel.: 030/90 17-23 51, Fax: 030/262 54 07, E-Mail: Integrationsbeauftragter@auslb.verwalt-berlin.de

Begleitete Elternschaft. Zum Mitdenken soll ein Impulspapier mit dem Thema „Begleitete Elternschaft bei geistiger Behinderung“ anregen, das der Vorstand der Bundesvereinigung Lebenshilfe zur Diskussion freigab. Ziel ist, die Begleitung geistig behinderter Eltern und ihrer Kinder weiter zu verbessern. Der Text steht im Internet unter www.lebenshilfe.de, Rubrik „Eltern und Familie“. *Quelle: Lebenshilfe-Zeitung 2/2005*

Online-Datenbank von Beratungsstellen. Der Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles e.V. hat eine Datenbank mit bundesweiten Adressen eingerichtet. Das Verzeichnis umfasst Initiativen und Rechtsberatende, die im Bereich der Sozialgesetzbücher II, III und XII tätig sind, sich also mit dem Sozial- und Arbeitslosenrecht beschäftigen und die Interessen der Erwerbslosen vertreten können. Die Datenbank ist für jede Ratsuchende, jeden Ratsuchenden zugänglich, Änderungen wichtiger Einträge können schnell aktualisiert werden. Weitere Informationen: Tacheles e.V., Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein
Internet: www.tacheles-sozialhilfe.de

► Gesundheit

Ausbau von Tagespflege. Tagespflege ist auf Grund der Zunahme von vor allem demenzieller Erkrankungen ein unverzichtbarer Baustein in der Versorgungskette für ältere

Menschen. Sie muss deshalb nicht nur gestärkt, sondern in Zukunft sogar ausgebaut werden. Wie dies nach Auffassung der Mitglieder des Arbeitskreises Tagespflege in Westfalen-Lippe gelingen könnte, zeigen die folgenden sieben Punkte, die auf den Ergebnissen einer Befragung beruhen, die unter den Tagespflegeeinrichtungen in der Region im Jahr 2004 durchgeführt wurde: 1. Die Pflegesachleistung im vorstationären Bereich muss ausgebaut werden. 2. Die Tagespflege benötigt ein eigenes Budget. 3. Die Leistungen der Tagespflege sind vorrangig zu berücksichtigen, wenn die ambulante Versorgung nicht mehr ausreicht. 4. Die Ersatzbeschaffung der Fahrzeuge im Fahrdienst muss refinanziert werden. 5. Gesetze und Verordnungen für die Tagespflege müssen geändert werden, damit verbesserte Leistungen der Tagespflege im Rahmen des Sozialgesetzbuches XI refinanziert und den spezifischen Anforderungen der Tagespflege gerecht werden können. 6. In den Empfehlungen des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung zur Beseitigung von Qualitätsdefiziten sollte gezielt auf das vorstationäre Angebot hingewiesen werden. 7. Ein tagespflegespezifisches Fort- und Weiterbildungsangebot sollte aufgebaut werden. *Quelle: Mitteilung des Kuratoriums Deutsche Altershilfe im Juli 2005*

Krebsforschung in Europa. Die USA wenden für die Krebsforschung pro Einwohnerin und Einwohner siebenmal mehr Geld auf als die Länder der Europäischen Union (EU). Mitarbeitende des European Cancer Research Manager Forums in London hatten im Rahmen eines Projektes die jeweiligen Ausgaben für die Krebsforschung der Einwohnerzahl und dem Bruttoinlandsprodukt gegenübergestellt und die Daten der EU-Mitgliedstaaten mit denen der USA verglichen. Während 2004 in den USA 17,63 Euro pro Kopf und Jahr für Projekte im Bereich der Krebsforschung ausgegeben wurden, waren es in der EU lediglich 3,76 Euro. Unter den Gemeinschaftsländern nimmt Großbritannien mit 0,0267 % des britischen Bruttoinlandsprodukts, die in die Forschung fließen, den Spitzenplatz ein. Danach folgen Schweden, Deutschland, Frankreich und die Niederlande. Für den alten Kontinent sehen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Defizite vor allem im Bereich der präventiven und der klinischen Forschung. *Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 5.2005*

Auf dem Wege zur Familienwissenschaft? Vorüberlegungen zur Grundlegung eines interdisziplinär angelegten Fachs. Von Max Wingen. Verlag De Gruyter Recht, Berlin 2004, 67 S., EUR 29,90 *DZI-D-7184* Die familienwissenschaftliche Forschung und Lehre in Deutschland dürfte durch die vorgesehene Einrichtung der ersten Professur für „Familienwissenschaft“ an der Universität Erfurt einen bedeutsamen Auftrieb erfahren. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Familienforschung mit diesem Schritt einem eigenen Studienfach näher gekommen ist. Der zu Beginn dieses Jahres verstorbene Verfasser dieser Schrift entwirft einen summarischen Überblick zum Stand der entsprechenden Forschung in Deutschland und schließt dann Überlegungen zu dem in den letzten Jahren eingetretenen familienwissenschaftlichen Geländegewinn der Forschung an. Insbesondere ist zu überlegen, inwieweit die unverkennbare Notwendigkeit einer interdisziplinären Forschungsarbeit im Feld von Familie inzwischen eine tragfähige Grundlage in einer entsprechenden Fachrichtung

zu finden beginnt. Ein Ausblick schließt die Darstellung ab, die mit den zur Diskussion gestellten Thesen zur Klärung der Frage nach der möglichen Grundlegung einer interdisziplinären Familienforschung beitragen möchte.

Wegweiser Gesundheitsförderung. Fachinstitutionen der Gesundheitsförderung und Prävention, ihre Aufgaben und Angebote. Vierte aktualisierte und erweiterte Auflage. Hrsg. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Eigenverlag. Köln 2004, 651 S., EUR 15,70 + Porto *DZI-D-7159*

Dieser Wegweiser beinhaltet 223 überregional tätige Fachinstitutionen sowie acht Bereiche mit über 20 Kurzdarstellungen weiterer Institutionen. Er informiert über deren Angebote (Fachinformationen, Medien, Fortbildungs- und Beratungsmöglichkeiten, Referentendienste) in Selbstdarstellungen. Die meisten Einrichtungen befassen sich vorzugsweise mit der Gesundheitsförderung und der gesundheitlichen Prävention sowie mit Fragen der Rehabilitation. Die Veröffentlichung ist ein Nachschlagewerk für die in der Gesundheitsförderung und Prävention Tätigen. Bestellanschrift: BZgA, Postfach 91 01 52, 51071 Köln, Tel.: 02 21/ 89 92-328, Fax: 02 21/89 92-300

Häufigste Reha-Diagnosen 2003. In den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland wurden 2003 insgesamt 1,9 Mio. Patientinnen und Patienten behandelt. Von diesen konnten durch die erstmals vorliegende Reha-Diagnosestatistik 1,5 Mio. erfasst werden. Die drei meist gestellten Hauptdiagnosen waren die Arthrose des Hüftgelenks (7 %), Rückenschmerzen (6,9 %) und die Arthrose des Kniegelenks (6 %). Von den erfassten Kranken waren 51,9 % Frauen und 48,1 % Männer, im Durchschnitt waren sie 54 Jahre alt. Mehr als die Hälfte (55,3 %) waren drei Wochen in der Kureinrichtung, weitere 24,4 % blieben vier Wochen. 34 % der Patientinnen und Patienten verbrachten diese Zeit in der Fachabteilung Orthopädie, gefolgt von der Inneren Medizin (30,2 %) und der Neurologie (9,4 %). *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 280/05*

► Jugend und Familie

Benachteiligte Jugendliche. „In den Jahren 2003 und 2004 hat es in der Berufsbildung der sozial benachteiligten und individuell beeinträchtigten Jugendlichen grundlegende konzeptionelle Verbesserungen gegeben... Dennoch ist die BAG Jugendsozialarbeit (BAG JSA) über die weiteren Entwicklungen besorgt“ stellt die BAG JSA in einer Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 2005 fest. Die Sorge besteht vor allem darin, dass sich das grundlegende Ziel einer Ausbildung für alle jungen Menschen nur noch eingeschränkt im aktuellen Berufsbildungsbericht niederschlägt, damit droht ein großer Teil junger Menschen von einer qualifizierten Berufsausbildung ausgeschlossen zu werden. Ohne eine qualifizierte Berufsausbildung ist eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt oftmals nicht möglich. Die BAG JSA fordert, dass Berufsvorbereitung auch weiterhin als Berufsausbildungsvorbereitung verstanden wird. *Quelle: Presseinformation der BAG JSA vom Juli 2005*

Betreuung und Förderung der unter Dreijährigen. Immer mehr Kommunen investieren in die Kinderbetreuung für die Kleinsten, weil sie für Familien attraktiv sein

wollen. Das seit Anfang 2005 geltende Tagesbetreuungs- ausbaugesetz (TAG) unterstützt sie darin. Mit dem TAG entstehen bis zum Jahr 2010 über 230 000 neue Betreuungsplätze in Krippen und bei Tagesmüttern. Der Bund beteiligt sich mit 1,5 Mrd. Euro an den Kosten. Das Bundesfamilienministerium startete gemeinsam mit Vertretenden der Kommunalpolitik die „Aktionstage Kinderbetreuung“. Diese Aktionstage sind der Anfang einer Reihe von Angeboten des Bundesfamilienministeriums, die den Kommunen helfen sollen, den Dialog mit Eltern und Öffentlichkeit über den Ausbau der Kinderbetreuung zu suchen. Die ersten Aktionstage finden zwischen dem 12. August und dem 2. September 2005 in Halle, Bonn, Eschborn und Dortmund statt. Allen 615 Jugendämtern in Deutschland werden Informationsmaterialien zum TAG für Eltern, Multiplikatoren und Fachleute im kommunalen Umfeld zur Verfügung gestellt. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 394/2005*

Deutscher Jugendhilfepreis 2006: Neugestaltung des Sozialen – Chancen und Risiken für die Kinder- und Jugendhilfe. Die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) verleiht alle zwei Jahre einen von der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Jugendbehörden der Länder gestifteten Deutschen Jugendhilfepreis, den Hermine-Albers-Preis. Dieser hat seit seiner Begründung im Jahre 1956 aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen, jugendhilfepolitische und jugendpolitische Fragestellungen aufgegriffen und somit einen Beitrag zur Innovation und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland geleistet. Er ist mit 4 000 Euro dotiert. Ziel ist es, journalistische Beiträge aus den Print-, den AV-Medien, aus Multimedia und dem Internet, die sich fundiert und kritisch mit dem Themenkomplex „Jugend und Jugendhilfe“ auseinander setzen, zu prämiieren. Informationen: AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/400 40-200, Fax: 030/400 40-232 E-Mail: agj@agj.de

► Ausbildung und Beruf

IFSW Weltkonferenz 2006: Soziale Balance in einer Welt der Ungleichheit. Vom 30. Juli bis zum 3. August 2006 findet in München der 18. Weltkongress der International Federation of Social Workers unter diesem Motto statt. Gleichzeitig wird die Gründung des IFSW vor fünfzig Jahren gefeiert. Fachleute aus Praxis und Theorie der Sozialen Arbeit sind aufgefordert, sich mit Beiträgen über ihre Arbeit, ihr Forschungsgebiet oder ihre Einrichtung vorzustellen und den internationalen Austausch herzustellen. Informationen zum Programm, zu Inhalten und zu den Anmeldungsmodalitäten sind unter www.socialwork2006.de zu finden. Konferenzbüro: Tel.: 00 49/(0)89/23 11 49 66, Fax: 00 49/(0)89/23 11 49 28 E-Mail: congressoffice@socialwork2006.de

Neuer Berufsverband im Sozialbereich in der Schweiz durch Zusammenschluss. Drei eigenständige Berufsverbände in der Schweiz haben sich im Juni 2005 in Bern zum gemeinsamen neuen Berufsverband „AvenirSocial“ zusammengeschlossen. Sind und Zweck des neuen Verbandes ist es, als starke und verlässliche Standesorganisation den komplexen Entwicklungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit und dem damit verbundenen Wandel in den Beru-

fen zu begegnen. AvenirSocial organisiert die Berufe Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokulturelle Animation, Kindererziehung sowie Arbeitsagogik, sie vertritt die Perspektiven und Interessen der Fachkräfte. AvenirSocial setzt sich zudem für die Sozialrechte der Betroffenen im Sozialwesen ein und für die Anerkennung und Durchsetzung ihrer Bedürfnisse. In dem neuen Verband werden gesamtschweizerisch voraussichtlich rund 3 400 Berufsleute aus dem Sozialbereich zusammengeführt, die dann gleichzeitig Mitglieder der kantonalen Sektionen sind. Die Geschäftsstelle wird in Bern sein. Ab 2006 wird er in der Deutschschweiz die Fachzeitschrift „SozialAktuell“ und in der Romandie „Actualités sociales“ herausgeben. Homepage bis zum 31.12.2005: www.sbs.aspas.ch, ab 1.1.2006: www.avenirsocial.ch. Quelle: Pressemitteilung vom Juni 2005

Angebote für Fachkräfte der Schuldnerberatung.

Neue Wege in der Fortbildung gehen die Wohlfahrtsverbände in Nordrhein-Westfalen (NRW). Sie haben ihr gemeinsames Fortbildungsangebot auf einer neuen Website eingestellt, die unter www.fortbildung-schuldnerberatung.de im Internet zu finden ist. Zwölf Mitgliedsorganisationen der Freien Wohlfahrtspflege sind seit 1999 in der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung NRW zusammengeschlossen. Deren Ziel ist es, anspruchsvolle und kostenpflichtige Fortbildungen für Schuldner- und Insolvenzberaterinnen und -berater anzubieten. Die Veranstaltungen finden jeweils in Regie des zuständigen Trägers statt. Preise, Teilnahmebedingungen und fachliche Standards sind für alle Anbietenden verbindlich. Durch die Kooperation sollen der fachliche Bedarf optimal gedeckt und Doppelangebote vermieden werden. Dieses Angebot kann auch von Fachkräften außerhalb von NRW genutzt werden. Informationen: www.fortbildung-schuldnerberatung.de

Studiengang „Management in der Sozialwirtschaft“ in Lüneburg. Die Stiftungsuniversität Lüneburg bietet zum zweiten Mal diesen Weiterbildungsstudiengang an. Eine Bewerbung ist bis zum 30. September 2005 möglich. Hintergrund für diesen ersten deutschen akkreditierten MBA-Studiengang sind die sich grundlegend verändernden sozialpolitischen Rahmenbedingungen, die sich massiv auf die Inhalte und Strukturen der Betriebe und Unternehmen der Sozialwirtschaft auswirken. Deshalb ist es erforderlich, die aktuellen und potenziellen Führungskräfte in diesem Bereich durch einen Studiengang nach internationalem Muster im Rahmen einer Weiterbildung zu qualifizieren. Informationen: Stiftungsuniversität Lüneburg, Prof. Dr. Maria-Eleonora Karsten, Scharnhorststr. 1, 21335 Lüneburg, Tel.: 041 31/78 16 53, Fax: 041 31/78 16 74 E-Mail: karsten@uni-lueneburg.de

19.9.2005 Frankfurt am Main. Tagung: Alkoholabhängige Eltern und ihre Kinder. Zum Stand von Forschung und Praxis. Information: Fachhochschule Frankfurt am Main, Institut für Suchtforschung, Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt am Main, Tel.: 069/15 33-31 52, Fax: 069/15 33-31 53 E-Mail: fritz@fb4.fh-frankfurt.de

28.-29.9.2005 Berlin. 8. DEVAP-Bundeskongress: „Sucht der Pflege Bestes“. Aufgaben und Chancen der Diakonie im Veränderungsprozess. Information: Kongressmanagement, DEVAP-Geschäftsstelle, Rummelsberg 2, 90592 Schwarzenbruck

4.-6.10.2005 Frankfurt am Main. Fachtagung: Jugendhilfe und Justiz. Information: Deutscher Caritasverband e.V., Referat Basisdienste und besondere Lebenslagen, Karlstr. 40, 79104 Freiburg im Breisgau, Tel.: 07 61/200-121, Fax: 07 61/200-350, E-Mail: Marianne.schwehr@caritas.de

5.-7.10.2005 Bremen. Fachkongress: Spannungsfeld – Vorurteil und Verständnis. Interkulturelle Beratung und Therapie von Kinder, Jugendlichen und deren Familien. Information: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Str. 147, 50968 Köln, Tel.: 02 21/569 75-3, Fax: 02 21/569 75-50 E-Mail: die@kindschutz-zentren.org

6.10.2005 Frankfurt am Main. Fachtagung: Allein unter Heteros. Lesbische und schwule Jugendliche im ländlichen Raum. Information: Hessischer Jugendring, Schiersteiner Str. 31-33, 65187 Wiesbaden, Tel.: 06 11/99 08 30, Fax: 06 11/99 08 3-60, E-Mail: info@hessischer-jugendring.de

8.-9.10.2005 Frankfurt am Main. Fachtagung: Die frühe Kindheit – Wachsen und Werden unter sich wandelnden Bedingungen. Anmeldung: Frankfurter Arbeitskreis für Psychoanalytische Pädagogik e.V., Myliusstr. 20, 60323 Frankfurt am Main, Tel.: 069/70 16 55, Fax: 069/70 79 20 92 E-Mail: FAPP@gmx.de

17.-19.10.2005 Celle. Seminar: 12- und 13-Jährige im Ermittlungsverfahren – wie gehen wir damit um? Information: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Lützerodestr. 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36 40, Fax: 05 11/318 06 60 E-Mail: Tschertner@dvjj.de

19.-20.10.2005 Salzburg. Armutskonferenz: Armut ist vermeidbar. Wie ökonomische Mythen wirken. Information: Koordinationsbüro „Die Armutskonferenz“, Gumpendorfer Str. 83, A-1060 Wien, Tel.: 00 43/1/402 69 44 12, Fax: 00 43/1/402 69 44 19 E-Mail: eugen.bierling-wagner@armutskonferenz.at